

# Morwirts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Kernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97  
Expedition Moritzplatz 11753-54

Freitag, den 30. Juni 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Kernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeiger-  
Abteilung Moritzplatz 11753-54

## Der Besitzer des Mordautos verhaftet.

Berlin, 30. Juni. Amstich. Die fortgesetzten Ermittlungen der politischen Berliner Polizei in der Mordtat Rathenau führen einer immer größeren Zahl von Mitwissern und Teilnehmern auf die Spur.

Bereits am Anfang der Woche stellte die Berliner Polizei fest, daß Eigentümer des zur Mordtat benutzten Kraftwagens, eines außerordentlich wertvollen Mercedeswagens, der zu Freiberg in Sachsen wohnhafte Fabrikbesitzer Johannes K. hiesigen Meißner ist und daß er sich zur Zeit des Mordes nicht an seinem Wohnort aufhalten konnte.

Im Zusammenwirken mit der Polizei in Dresden und Freiberg stellten die nach Sachsen entsandten Berliner Beamten fest, daß K. sich nach dem Mord kurze Zeit wieder in Freiberg aufgehalten und von dort am 27. abends nach Bernau in Ostpreußen oder Oeg in Tirol begeben hatte.

Auf Grund dieser Feststellung wurden von Berlin aus sofort die Münchener Polizei von dem voraussichtlichen Aufenthalt des K. benachrichtigt und gebeten, seine Festnahme in Bernau oder Oeg zu veranlassen. Heute vormittag ist daraufhin in Berlin telefonisch von der Polizeidirektion München die Meldung eingegangen, daß K. heute morgen um 9 Uhr in Oeg verhaftet und in das Bezirksgericht Sitz überführt ist, und daß seitens der österrödischen Behörden ein Auslieferungsantrag entgegengenommen wird. K. gehört rechtsradikalen Kreisen an und ist Mitglied des deutschvölkischen Schutz- und Truhbundes.

Zu den neuerdings festgenommenen Mitwissern bzw. Teilnehmern an der Mordtat gehört auch der von der Steffiner Polizei ergriffene Kaufmann Werner Boh. Auch dessen Teilnahme an der Mordtat hatte die Polizei bereits Anfang der Woche festgestellt und ermittelt, daß er sich am Tage nach dem Mord nach Ahlbeck begeben hatte.

Daraufhin wurden von Berlin aus die Ahlbecker Polizei-behörde und das Hagenpolizeiamt in Steffin auf Boh unter genauer Personalbeschreibung aufmerksam gemacht und um seine Festnahme ersucht. Auf Grund dieses Erfusses ermittelte Steffiner Polizeibeamte Boh und nahmen ihn fest.

Boh wird im Laufe des heutigen Tages nach Berlin gebracht. Er ist von Beruf Seemann und gehört ebenfalls rechtsradikalen Kreisen an.

Der in der Maschinenbau-Firma Starke u. Hoffmann beschäftigte Sagenwurdewer v. W. Bahdorf ist unter dem dringenden Verdacht der Mitwisserschaft an der Ermordung Rathenaus verhaftet worden. Von Bahdorf, der Mitglied der Organisation Korbach ist, war am Freitagabend nach Berlin gefahren und am Sonntag wieder nach Hirschberg zurückgekehrt.

### Tschow's Aussage.

Das Verhör des verhafteten Ernst Werner Tschow, der das Auto der Mörder führte, dauerte bis nach Mitternacht. Erst um 1 Uhr konnte es vorläufig abgeschlossen werden. Die Verhandlungen wurden dann abgebrochen. Im Laufe des Tages werden alle Aussagen protokolllarisch genau festgelegt werden.

Hatte sich schon die ganze Arbeit der Beamten der Abteilung Ia sehr schwierig gestaltet, weil alle Angehörigen der Organisation C auf sich augenscheinlich verschworen haben, alles geheim zu halten und nichts preiszugeben, so war es auch nicht leicht, den verhafteten Tschow zu einem Geständnis zu bewegen. Aber die Gegenüberstellung mit anderen Zeugen, wie der Pensionswirtin, bei der die Mörder gewohnt hatten, machte ihn nach und nach schon unsicher, nachdem er zunächst dabei geblieben war, er habe geglaubt, daß es sich nur um eine Probefahrt

handelt habe.

Die entscheidende Wendung brachte die Gegenüberstellung mit seinem älteren Bruder und besonders mit seiner Mutter. Frau Tschow, deren Wesen in anderen Darstellungen ganz falsch geschildert wird, hatte von dem ganzen Plane nicht die geringste Ahnung. Hätte sie etwas gewußt, so hätte sie ohne Zweifel alles aufgebieten, um den Anschlag zu verhindern.

Als Fischer und Knauer am 16. d. M. aus der Provinz kamen, bezogen sie sich zunächst nach der Tschow'schen Wohnung. Frau Tschow und ihr ältester Sohn waren nicht zu Hause. Fischer und Knauer trafen nur Werner Ernst und den Gymnasialisten Gerd an. Mit ihnen begannen sie nun die Besprechung des Anschlages und sie erzwangen Werner Ernst dazu, ihnen den Wagen zu steuern.

Mutter erfuhr von dem ganzen Plane erst durch die Verhaftung jüngsten Sohnes Gerd. Werner Ernst hatte unterdessen längst Wohnung verlassen unter dem Vorwande, eine Autofahrt nach Harz machen zu wollen.

Tschow, die ganz gebrochen ist, wurde gestern von zwei der Politischen Polizei in einem Automobil von ihrer abgeholt und im Polizeipräsidium bei der Abteilung Ia ältesten Sohne gegenübergestellt. Sie sprach eindringlich nach der Wahrheit die Ehre zu geben. Nach

erschüttertem innerem Kampfe legte er dann endlich unter Tränen ein Geständnis ab.

Wie er sagt, nahm er, nachdem er das Auto aus der Garage geholt hatte, Fischer und Knauer an einer verabredeten Stelle in der Nähe der Garage auf und gab unterwegs dem Wagen die höchste Geschwindigkeit. Nach der Tat hatte er kurz vor dem Bismarckplatz eine Panne, die aber bald gehoben war.

Welche Wege er auf der Flucht nahm, weiß er augenblicklich selbst nicht genau anzugeben, weil er noch zu aufgeregt ist und sich erst wieder bestimmen muß. Er glaubt sich nur zu erinnern, an der Straßenbahnhaltestelle der Linie 57 vorbeigekommen zu sein.

Am Abend nach der Tat haben sich Tschow, Fischer und Knauer noch

in einem Lokal am Zoo getroffen und dort gezecht.

Dann haben sie sich getrennt. Tschow ist am nächsten Tage statt nach dem Harz, wie er vorgeschützt hatte, nach Halle gefahren. Wohin die beiden anderen sich gewandt haben, will er nicht wissen.

### Zusammenfassung der Untersuchung.

Die Entsendung eines Vertreters des Oberreichsanwalts nach Berlin in das Reichsministerium des Innern bedeutet die vorläufige Zusammenfassung aller an der Aufklärung des Rathenau-Attentats beteiligten Behörden. Man will auf diese Weise versuchen, dem Wirrwarr, der in den untersuchenden Behörden herrscht, ein Ende zu machen. Wie die „Dena“ hört, ist das Hauptverdienst für die Aufklärung des Mordes der Berliner Polizei zuzuschreiben; jedoch auch aus Hamburg und anderen Orten sind wertvolle Mitteilungen gekommen. Die Münchener Polizei hatte schon vor der Abreise Rathenaus nach Genoa eine Warnung ergehen lassen, daß ein Attentat auf ihn geplant sei. Dieses Durcheinanderarbeiten der Behörden ist begreiflicherweise für die Untersuchung zum Teil keineswegs von Vorteil gewesen, und man hofft nunmehr dadurch, daß ein Vertreter des Oberreichsanwalts in Berlin sich das Material bei den Stellen beschaffen wird, die er für geeignet und notwendig hält, eine gewisse Einheitslichkeit zu erzielen. Der Vertreter des Oberreichsanwalts wird in engerster Fühlungnahme mit dem Reichskommissar für öffentliche Ordnung, bei dem das meiste Material über die bisherigen Ergebnisse lagert, arbeiten und seinen Amtsitz zunächst in Berlin nehmen.

### „Aufrechte“ Mordanstiftung.

Der verhaftete Mordkomplize Günther gehört nach der amtlichen Mitteilung u. a. dem „Bunde der Aufrechten“ als Mitglied an. Natürlich wird auch diese Organisation untersucht, ihre Mitverantwortung für den Mord abzuschütteln. Das wird ihr aber nicht gelingen. Das Verbandsblatt der Organisation „Der Aufrechte“ hat nämlich nicht nur in indirekter Form, sondern in der direktesten Weise zum Mord geführt. So finden wir in Nr. 34 des Blattes vom 21. August 1921 — also zur Zeit der Ermordung Erzbergers — einen Beitrag mit der bezeichnenden Überschrift „Die Republik im Dreck“. Der Artikel beginnt mit der Behauptung, daß die Novemberverbrecher die deutsche Front erdolcht hätten. Weiter heißt es:

„Das verführte deutsche Volk... mußte Zug um Zug erleben, daß die Novemberverbrecher es mädig angelogen haben! Und was selbstverständlich ist, kam auch hier: Statt an der Laterne zu baumeln, leben jene Gauner und Verbrecher selber heute herrlich und in Freuden, während der anständige Mann in dieser Republik, dem Paradiese der Schieber und Verbrecher, höhnend um sein Dasein ringen muß.“

„Statt an der Laterne zu baumeln...“, deutlicher kann wohl nicht zur Ermordung aufgefodert werden. Man sieht jetzt, wie die geistige Kraft eines der Mordbeteiligten ausgesehen hat. Und für diese geistige Kraft zeichnen an der Spitze des Blattes als seine Förderer u. a. verantwortlich Major a. D. Kurt Ullmer, Kammerherr v. Berg (der Sachwalter der Hohenzollern für ihr Vermögen), Reichstagsabgeordneter Rumm (Dnat.), Professor Gustav Roethe, der gelbe Arbeitersekretär Müller und — Reichstagsabgeordneter Graf Westarp, derselbe Graf Westarp, der sich jetzt nicht erinnert, daß er mit Günther in Briefwechsel gestanden hat.

### Georg von Vollmar gestorben.

Bei Redaktionschluss erhalten wir die traurige Nachricht, daß Genosse Georg v. Vollmar, der langjährige Führer der bayerischen Sozialdemokratie, nach langem, schwerem Leiden an seinem Gute in Oberbayern heute früh im Alter von 72 Jahren gestorben ist.

Eine Würdigung der Person und des Wirkens des Verstorbenen werden wir in der nächsten Nummer des „Vorwärts“ bringen.

Dollar 371 1/2

## Der große Reifsaus.

„Blamier mich nicht, mein schönes Kind, und grüß mich nicht unter den Linden.“ Der eine Heinesche Vers fällt einem ein, wenn man jetzt sieht, wie die Deutschnationalen trampeln sich bemühen, ihre Bekanntheit mit den Mördern und der Mörderorganisation zu verkleinern. Immer dieselbe Taktik: Der aspianische Rechtsputz wird gefördert, der mich glückte abgeschüttelt. Den künftigen Mörder muntert und reißt man auf, den unerkannt stichtigen Mörder unterstützt man mit Geldmitteln und falschen Papieren, den gefaschten Mörder — kennt man nicht!

Unwiderrleglich ist festgestellt, daß die Mörder Rathenaus zum Teil deutschnationalen Parteiorganisationen, zum Teil anderen, der Deutschnationalen Partei sehr nahe stehenden Verbänden reaktionärer Richtung angehört haben. Festgestellt ist, daß sie zu prominenten Führern der Deutschnationalen Partei in persönlichen Beziehungen standen, festgestellt, daß bei früheren Gelegenheiten deutschnationale Führer stichtigen Mördern und Verschwörern Schutz und Deckung gewährt haben. Jetzt ist alles nur Versehen, Irrtum, Zufall gewesen. Es hagelt nur so Irrtümer!

Wir veröffentlichen z. B. die Angaben eines Mitgliedes der Organisation C, das als Flüchtling von deutschnationalen Parteiführern und Organisationsleitern finanzielle Unterstützung erhalten hat, u. a. von den deutschnationalen Reichstagsabgeordneten General a. D. v. Gallwitz, Major a. D. Henning und Jandren, sowie von der Hauptgeschäftsstelle der Deutschnationalen Partei in der Bernburger Straße. Alle diese müssen jetzt zugefiesen, daß sie dem Claus alias Kadatus mit Geldmitteln unter die Arme gegriffen haben. Aber alles natürlich nur aus „reinem Mitleid“, ohne einen Funken von Ehrung, daß Claus der Organisation C angehört. Herr v. Gallwitz empfindet sogar keine Scham, „den Dummen zu martieren“, wie es in der Berliner Sprache heißt. Er will erst „vor wenigen Wochen“ die Existenz einer Organisation C aus den Zeitungen erleben haben. Im September 1921 hat der badische Minister Trunk das Statut der Geheimorganisation C enthüllt, die ganze Presse war damals voll davon. Herr v. Gallwitz — Reichstagsabgeordneter! — aber hat erst vor wenigen Wochen von der Existenz dieser Organisation erfahren. Glaubhaft!

Besonders stark ist das Abreden von dem Studenten Günther, der gestanden und das Komplott verraten hat. Merkwürdig: sowie einer von dieser Gesellschaft die anderen verrät, wird er als minderwertig abgeschüttelt. Der Deutsche Offiziersbund, dessen eingeschriebenes Mitglied Günther war, stellt jetzt fest, daß Günther niemals Offizier gewesen sei und sich die Mitgliedschaft in der Organisation erschlischen habe. Vordem hat man nichts davon gemerkt. Die deutschnationale Presse glaubt etwas Besonderes zu tun, indem sie einen Brief veröffentlicht, durch den Günther wegen finanzieller Mißbräuche aus der Deutschnationalen Partei ausgeschlossen wird. Sie vergißt nur, daß sie damit die Herren noch stärker kompromittiert, die zu diesem Günther in persönlichen und gesellschaftlichen Beziehungen sowie in Briefwechsel standen, als da sind Graf Westarp, Herr Helfferich, General Ludendorff, Herr v. Jagow.

Diese freilich stellen sich jetzt auch tot. Graf Westarp „entsinnt sich nicht“, mit Günther korrespondiert zu haben, gibt aber vorsichtshalber diese Erklärung „freibleibend“ ab. Biel leicht wird sich sein Gedächtnis noch schärfen. Helfferich betont, daß es sich nur um einen einmaligen Schriftwechsel über einen Fahrenspruch gehandelt habe. Ludendorff schweigt sich aus. Aber natürlich werden seine Beziehungen zu Günther ebenso „zufällig“ sein, wie sein Spaziergang am Frühmorgens des 13. März 1920 vor dem Brandenburger Tor als die Ehrhardttruppen loszuziehen.

Langatmige Betrachtungen stellt die deutschnationale Presse darüber an, daß es nicht möglich sei, eine große Partei von andersdenkenden terroristischen Elementen freizuhalten, die sich in die Partei hineinbringen. Die Frage ist nur, was die Deutschnationalen zu diesem Zweck jemals getan haben. Jetzt bestätigen selbst deutschnationale Blätter, daß der Ausschluß der „Völkischen“ wohl manchmal gefordert worden ist, aber von der deutschnationalen Parteileitung abgelehnt wurde, weil sie die daraus resultierende Schwächung der Partei fürchtete! Das ist die Moral der Leute, die den Grundsatz predigen „Das Vaterland über die Partei“. Man hat sich die Agitation der deutschvölkischen trotz der wüsten Ausschreitungen, gern gefallen lassen, weil sie der Partei zu was brachte. Jetzt erst, wo das Uebermaß der deutschvölkischen Sünden die Partei in einen Abgrund der Schande hineinreißt, sucht man von der bisher freundlich geduldeten Teilschuldhaft loszukommen.

Wir fragen ganz konkret: Ist die Deutschnationale Partei gegen ihre Parteiblätter eingestritten, die (wie z. B. die „Bommersche Tagespost“) auf die Ermordung Erzbergers zu behaupten anstimmte? Schreibt die Deutschnationale Partei gegen das „Demminer Tageblatt“ ein, das jetzt nach der Ermordung Walter Rathenaus schreibt:

„Wisselt hat die hohen Herren geknackt, auf wen das nächste Attentat verübt werden sollte. . . Man braucht Kellam für die Republik, die sich in allen Schichten und Kreisen der Bevölkerung so unelbstlich wie nur möglich gemacht hat. Weiter aber muß man Stoff haben zu einem Feldzug gegen die nationalen Parteien. Warum sollte man da nicht ein Attentat bestellen? Wisselt sogar dem Kaiser wählen. . . eine Prämie versprechen? . . . Der Feind steht rechts, das ist die Parole der schwarzrotgoldenen Internationale, die auch vor einem Mord nicht zurückbleibt, um es zu verhindern, am 28. Juni dem wahren Feind, den Franzosen und Engländern, ein einziges Deutschland zu zeigen, das gewillt war, endlich die Fesseln der Schuldigen, die ein Müller und Bell ihm umlegten, zu sprengen. Die sozialistischen Sabotageversuche taten nicht ihre Schuldigkeit in dem gewünschten Maße, man mußte stärkere Mittel anwenden, um ein allgemeines Aufstehen des Volkes gegen Versailles zu verhindern, und so griff man zum Verbrechen, dem Mord an Rathenau. Der Gedankengang ist so typisch, daß die Blätter der schwarzrotgoldenen Internationale die Verbrecher einmal in ihren eigenen Reihen suchen sollten.“

Solange eine Partei eine derartig verurteilende und heftige Kampfesweise ihrer Presse duldet, kann sie nicht behaupten, daß sich moralisch minderwertige Elemente in sie „hineingeschlichen“ und „hineingedrängt“ hätten. Sondern eine Partei, die mit derartigen Waffen kämpft, zieht naturgemäß diese Elemente an, wie der Magnet das Eisen!

Herr Helfferich, der jetzt wie Pontius Pilatus und Lady Macbeth das Händewaschen übt, hat eine Idee gehabt: Er hat einen Brief an den Vorsitzenden eines Offiziersverbandes, Admiral a. D. v. Schröder geschrieben und ihn aufgefordert, daß der Offiziersverband mit allem Nachdruck von den Märdern abriden und einen jeden Offizier „ächten und verjemen“ solle, der durch seine Mordtaten das Schilde des allen preußischen Offizierskorps bestreift. Die Idee ist gut, nur ist sie nicht neu und stammt nicht von Herrn Helfferich. Sie hat schon vor Jahr und Tag — im „Vorwärts“ — gestanden. Als die Offiziersbände sich über die „Offiziershege“ beschwerten, da haben wir wiederholt darauf hingewiesen, daß nun leider einmal fast alle politischen Mordtaten, von der Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs angefangen, über die Ermordung Kurt Eisners, Paasches, Landauers, Erzbergers usw. auf ehemalige Angehörige des preußischen Offizierskorps zurückzuführen sind, und daß dieses Offizierskorps sich deshalb nicht wundern dürfe, wenn es in seiner Gesamtheit dafür verantwortlich gemacht werde, solange keiner der großen Offiziersverbände von diesen Mordtaten abriden. Nichts ist auf unsere Mahnung hin geschehen. Wenn jetzt endlich, wo einmal ein großes Offizierskomplot nicht nur aufgedeckt, sondern durch das tätige Eingreifen der Berliner Kriminalbehörden auch zersprengt worden ist, das Abstricheln erfolgt, so würde dieser Schritt nur eine Unterstreichung der jahrelangen kläglich weigenden Duldung sein.

Alles in allem ist festzustellen: Die Mitschuld an dem Attentat kann selbst von der deutschen Presse nicht mehr bestritten werden, nur das Maß der Mitschuld sucht man noch zu verkleinern. Abzuleugnen gibt es nichts mehr für sie, sondern nur noch zu verulken und zu beschönigen. Es dürfte in der politischen Geschichte kaum eine politische Partei so tief in Morde und Verbrechen verstrickt gewesen sein, wie die Deutsche Nationalistische Volkspartei.

## Die Getreideumlage.

Der Konsumentenstandpunkt berücksichtigt.

Heute vormittag verhandelte die sozialdemokratische Fraktion mit den Unabhängigen und den bürgerlichen Koalitionsparteien über die Verabschiedung der Getreideumlage. Bekanntlich bestanden hinsichtlich der Preisfestsetzungen für Umlagegetreide erste Meinungsverschiedenheiten. Indessen ist bei den heutigen Verhandlungen eine so weitgehende Annäherung erfolgt, daß ein Konsortium vermieden werden dürfte. Die bürgerlichen Koalitionsparteien scheinen bereit zu sein, in der Preisfrage dem Konsumentenstand-

punkt weiter entgegenzukommen. Die Front, mit der die republikanischen Parteien in den Kampf um das Gesetz zum Schutze der Republik einrückten, wird also zusammenhalten und nicht in der Frage der Getreideumlage auseinanderbrechen. Das alles gilt freilich nur, wenn nicht die letzte Stunde noch Ueberraschungen bringt. Die Zentrumsfaktion tagt noch. Die Entscheidung erfolgt voraussichtlich heute nachmittag im Plenum des Reichstages.

## Auf der Flucht vor der Wahrheit.

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat alle Hände voll zu tun, um die Aufschubverträge der intellektuell Verantwortlichen an der deutsch-nationalen Nordatmosphäre mit ihren verlegenen Ausreden zu Worte kommen zu lassen. Der General und deutsch-nationale Reichstagsabgeordnete v. Gallwitz, dem unsere Veröffentlichungen des Herrn Claus in die Knochen gefahren sind, darf deswegen die „Deutsche Tageszeitung“ selbstverständlich auch ausgiebig benutzen.

Zu den Erklärungen des Herrn v. Gallwitz antwortet uns aber Herr Claus:

1. Es ist unwahr, daß Herr v. Gallwitz nicht gewußt hat, warum ich zu ihm gekommen bin, ich habe ihm im Gegenteil durch Vorlage von Zeitungsartikeln, die über mich geschrieben worden waren, und durch mündliche Erklärungen vollständig aufgeklärt.

2. Es ist unwahr, daß Herr v. Gallwitz mir den Rat, nach München zu fahren, nicht erteilt habe; es ist im Gegenteil richtig, daß er mich nach dort hin geschickt hat mit den Worten: „In München sind Sie am sichersten.“

3. Der deutsch-nationale Reichstagsabgeordnete Bauernhofbesitzer Jandren (Mein-Raddow, Pommeren) hat mir später selbst das Geld gegeben und mich in der Arbeitsgemeinschaft Müller untergebracht.

4. Es ist unwahr, wenn Herr v. Gallwitz behauptet, daß er von einer Geldsammlung in der Reichstagsfraktion der Deutschen nichts wisse. Herr v. Gallwitz war es selbst, der in das deutsch-nationale Fraktionszimmer ging und dort für mich sammelte; auch der deutsch-nationale Reichstagsabgeordnete Henning hat bei anderer Gelegenheit mit den Worten: „wollen mal sehen, was wir zusammenbringen“ in der deutsch-nationalen Fraktion für mich gesammelt. Das gleiche geschah an einem anderen Tage durch den deutsch-nationalen Reichstagsabgeordneten für den Wahlkreis Halle-Merseburg.

Zu den sogenannten Richtigstellungen des Bureau der Deutsch-nationalen Volkspartei, Bernburger Str. 24, erklärt Claus, daß er von dem Hauptmann Schnorrenpfel das Geld ausdrücklich zur Reise nach Halle bekommen habe, um sich dort bei dem Rechtsanwalt Hirsch zu melden. Das Geld ist auf den richtigen Namen Claus und nicht auf den Namen Radatus quittiert worden. Die Höhe der zur Verfügung gestellten Summe wurde in einer Besprechung zwischen Hauptmann Schnorrenpfel und Herrn v. Lindener besprochen.

Der Rechtsanwalt Hirsch in Halle hat später Claus selbst gesagt, daß die Deutsch-nationale Partei in Berlin resp. das Bureau in der Bernburger Str. 24 das für mich ausgelegte Geld wieder eingefordert und erhalten habe.

Ueber die von dem berühmten Rechtsanwalt Hirsch an Claus durch Postanweisung geleisteten Zahlungen können die Postbücher Auskunft geben.

Claus legt besonderen Wert darauf, festzustellen, daß er nicht als Vertreter der Deutsch-nationalen Fraktion in den Reichstag kam, sondern auf Grund eines Briefes, den der deutsch-nationale Reichstagsabgeordnete Amtsgerichtsrat Barth ihm geschrieben hatte. Barth hatte ihm geschrieben, er, Claus, solle sich nach seiner Entlassung bei der deutsch-nationalen Fraktion des Reichstages melden.

Monarchismus in Potsdamer Schulen. Unsere Genossen Bahle und Haenisch haben im preussischen Landtag folgende kleine Anfrage gestellt: In den drei höheren Schulen Potsdams sind viele Blüten und Dugende von Kaiserbildern in den Aulen, Gefangenen und Kisten zu finden. Trotz regelmäßiger Besuche der Provinzialschulräte Michaels und Döblin sind die Bilder nicht entfernt. Sind dem Staatsministerium diese Verhältnisse bekannt und wann gedenkt es diese Uebelstände abzustellen und die pflichtwidrige Handlungsmethode dieser Aufsichtsbeamten zu bestrafen?

Man stelle denen einen beliebigen jungen Arbeiter gegenüber, und sie sind gerichtet vor dem ersten Blick: das hat keine Zukunft, es sei denn eine für das deutsche Volk bedächtigend trostlose. Aber das ist gefährlich für die Gegenwart, vergrößert sich an unseren Unentbehrlichen, Unerfesslichen, Rathenau war deutsche Zukunft, wie sie unsere beste und freieste Jugend erträumt — Wehe uns, daß wir ihn nicht mit unseren Selbsten denken konnten!

Aber er wird in uns lebendiger sein als jemals, und der Stog seines Lebens in unserem Volke wird eble Rache an den traurigen Gesellen sein, die so dumm sind, zu glauben, man könne den Geist mit seinem Gesäße zerhauen. Aus seinem Mute hebt sich rein und verkündet das Bild der Republik. Dieser noch sind wir Jugend ihr geschworen: ihr müßt uns alle erst begraben, ehe ihr sie schänden und erschlagen könnt!

Die Wissenschaft im Ordensschmuck. Rektor und Senat der Technischen Hochschule zu Berlin laden zum 1. Juli zwecks Einführung des neuen Rektors zu einer im „Ehrenhof“ der Hochschule stattfindenden Feier ein. Vorgeschrieben sind Grad oder Amtstracht mit Ordensschmuck. — Angestellte der Republik betrachten also das ihnen von den unrichtigst verflochten großen und kleinen Potentaten verliehene Kleidestück heute noch als „Schmuck“ ohne den eine akademische Feier nicht würdig verlaufen kann. Männer der Wissenschaft besitzen so wenig Selbstgefühl, daß sie ohne dieses Hanowurfschleichen einer vergangenen Epoche sich nicht komplett fühlen. Sie besitzen ferner die Unerschrockenheit, gegen die Republik, die sie bestodet, durch ihr monarchistisches Gehänge ausgerechnet in diesen Tagen zu demonstrieren. Und sie unterstreichen die Demonstration durch die Einführung bedruckten Gelangestücke, unter denen „Deutschland, Deutschland über alles“ natürlich nicht fehlt. — Trotz und Ironie zugleich, daß Siegfried Ochs dirigiert. Erstens heißt er Siegfried, zweitens ist er — was offenbar der Senat nicht weiß — Jude!

Staatstheater und Rathenau-Feyer. Der „Vorwärts“ ist bereits genötigt gewesen, verschiedene „republikanische“ Behörden festzusetzen, die sich am Tage der Feyerung Rathenaus der Verordnungen zu fangen, widersteht haben. Auch bei den Staatstheatern sind in dieser und anderer Hinsicht Schwierigkeiten gemacht worden. Wie erhalten dazu folgende Mitteilungen. Als die Verfügung der Regierung ergangen war, im Schauspielhaus oder keine Foyere hochging, wandte sich der Vertreter des beamteten technischen Personals an das Kultusministerium und erhielt den Bescheid, es solle sofort gestagt werden. Als er diesen Bescheid telephonisch an Herrn v. Ledebur, den Vertreter des zurzeit beurlaubten Verwaltungsdirektors, weitergab, wurde er zunächst gefragt, wie er dazu käme, ihn anzurufen. Dann erschien eine schwarze Foyere auf dem Schauspielhaus, da eine Reichsfoyere nicht vorhanden war. Der Angestellte und Betriebsrat wird sich jetzt mit der Forderung, sofort eine Reichsfoyere zu beschaffen, an das Ministerium wenden. Weiter: Als die Gemeindefoyere für Dienstag, den 27. Juni, zur Arbeitsruhe aufgerufen hatten, erschien am Montagabend während der Vorstellung der Oberpielliker Patry auf der Bühne des Schauspielhauses, um Arbeitswilige für Dienstag zu werben.

## Poincaré über Reparationen.

Das reiche Deutschland — eine Anleihe verfrüht.

Paris, 30. Juni. (R.A.) Im Verlauf der gestrigen Reparationsdebatte im Senat führte Ministerpräsident Poincaré aus: Das die Reparationen anbelangt, so sind wir an einem Wendepunkt angekommen. Jedenfalls befinden wir uns in einer heiklen Lage. Wir haben im Einvernehmen mit unseren Alliierten die deutsche Schuld auf 132 Milliarden Goldmark festgesetzt. Alldenn hat die Reparationskommission einen Zahlungsplan aufgestellt. Dieser Zahlungsplan ist als Notbehelf angesehen worden. Deutschland hatte ihn angenommen, nachdem man ein Ultimatum gestellt hat, aber es hat versucht, ihn unausführbar zu machen. Deutschland hat seine Ausgaben nicht herabgesetzt. Es hat sein Steuersystem nicht geändert. Es hat seine Inflation vermehrt. Die Reparationskommission hat ihm bis zum 31. Dezember unter ausdrücklichem Vorbehalt der Einrichtung einer Finanzkontrolle ein Moratorium gewährt. Dann sind die Bankiers zusammengetreten. Nach den Angeben, die sie der französischen Regierung gemacht hatten, haben sie die Möglichkeit studiert, die Reparationsfrage zu regeln. Sie sind zu einer Einigung gekommen, die den Wunsch verraten hat, eine neue Verminderung der deutschen Schuld ins Auge zu fassen. Dem hat die französische Regierung nicht zugestimmt. Die Bankiers sind auseinandergegangen, aber nicht ohne die Hoffnung, wieder zusammenzutreten. Jetzt ist der Garantieauschuss am Werk.

Poincaré erklärte weiter, daß

die Not in Deutschland nur Foyere

sei, die Entwertung der Mark sei weniger groß im Inneren Deutschlands als außerhalb, der Lebensunterhalt in Deutschland sei weniger hoch als anderwärts, die deutsche Industrie habe sich wesentlich bereichert, aber der Nutzen sei ins Ausland gegangen. Deutschland verschleudere das Pfund, das es seinen Gläubigern zugesprochen habe. Es mache übertriebene Ausgaben, es wolle vermehren seine Handelsflotte. Das Reich habe sich an diesem Unternehmen mit Geld beteiligt, das es den Alliierten hätte geben können. Es habe 18 Milliarden in das Unternehmen gesteckt. Deutschland laufe auch seine an England gelieferten Schiffe wieder zurück und baue neue Schiffe in ungeheuren Mengen. Ein Weltkrieg der Tonnage habe begonnen. Die deutsche Handelsflotte nehme den dritten Platz in der Welt ein. Deutschland habe seinen Traum der wirtschaftlichen Hegemonie wieder aufgenommen. Auch die Eisenbahn mache übertriebene Ausgaben. Man gehe sogar so weit, daß man Linien baue, die einen strategischen Charakter hätten und die vor dem Krieg von dem Generalstab vorgesehen gewesen seien. Diese Ausgaben könne man nicht dulden, es sei denn, daß Deutschland damit beginne, seine Schulden zu bezahlen. (Beifall.) Ohne Zweifel befinde sich Deutschland inmitten einer finanziellen Krise, aber es habe Kapitalien und Einnahmen, die es an seine Gläubiger übertragen könnte. Die deutsche Industrie habe im Jahre 1921 durchschnittlich 40 Proz. Dividende verteilt. Die großen deutschen Industriellen hätten ein Interesse daran, daß die Mark niedrig bleibe, aber ihr Vermögen werde dadurch nicht herabgesetzt, denn ein großer Teil desselben befinde sich im Auslande in Sicherheit. Wie könne man dem abhelfen? Man müsse gewisse Steuern für die Ausfuhr

schaffen. Die Devisen, die die Deutschen im Ausland eingehäuft hätten, müßten zu Reparationszahlungen verwendet werden. Inzwischen müsse eine strenge Kontrolle über die deutschen Finanzen eingerichtet werden. Die Steuern würden augenblicklich in Deutschland schlecht eingetrieben. Wenn ein deutscher Minister geneigt wäre, einen Teil der Reparationen zu bezahlen, dann läßen ihn die geübten Verbindungen erwidern. Die deutsche Regierung müsse also Maßnahmen ergreifen, und wenn die Reparationskommission eine billige Befreiung schickte, dann habe jeder der Alliierten nach dem Vertrage das Recht, „Sanktionen“ zu erlassen. (Sehr richtig.) Wir würden uns vorher mit unseren Verbündeten in Verbindung setzen, und wir würden versuchen, zu einem Uebereinkommen zu gelangen, aber wir würden auf keines der Rechte verzichten, die uns der Friedensvertrag zuerkennt. (Beifall.) Der Vertrag mag sein, wie er will, aber er hat einen

Da es ihm nicht gelang, erfolgte ein Was des Herrn v. Ledebur: Es wird gespielt. Und das, obwohl ihm selbst sowohl die Willkür-Genossenschaft wie die Regierung sich für Arbeiterunde erklärt hatten! — Im Opernhause zeigte sich derselben Widerstand gegen die Feyer des republikanischen Tramerfestes. Auf einem telephonischen Anruf des Kultusministeriums gab der Ministerialbedienter Kentsch den Befehl: „Wenn Sie Licht haben, wird gespielt!“ Da aber der Opernhof sich zu fingen weigerte, mußte schließlich vom Intendanten die Parale Arbeiterunde ausgedehnt werden. Vielleicht sieht sich der Kultusminister die ihm unterstellten Stützen der Republik Ledebur, Patry und Kentsch einmal etwas genauer an und äußert seine Meinung zu dem Fall.

Im Schiller-Theater brachte die Sommerdirektion am Donnerstag einen musikalischen Schwanz „Die kleine Sündlerin“ von Beretti, zu dem Jean Gilbert gefällig Lichter Tanzeisen beigeleitet hatte. Der Text, dessen Verfasser gleichzeitig im Bühnentrübel einen vulkanisch energiegelichten megalomänen Bruchthum agierte, arbeitete mit den hergebrachten Mitteln und in Richtung darauf, daß die Sommerzeit die geistige Anspruchsfähigkeit des Publikums noch zu steigern pflegt. Die kleine Sündlerin ist diesmal Kammererzöge einer Filmdiva und tritt an deren Stelle, der jugendlich galante Schwermüder, ein reingewandter Diener, der sich bei keinen Abenteuern den Namen seines Herrn zusetzt, der alte Sündler, ein arg großbüchsig tendenzlos korrekter Vertreter der inneren Mission, Josefina Dora als dessen Lehrante und noch immer lebenslustige Gattin mit ihrem Stiefvater „Glor, tu nicht so“ und ihren Pupils erzielte launig muntere Parle Hysterie. Ebenso Herr Harald Kaufman, der den unverfrorenen Diener mit kottentem Semis tridelt, lang und tanzt. Sein Hauptimpuls war der wenig heidenhafte Wogelkump und das Tanzduo mit einem veritablen, ulzig verandigt dreinschauenden Riggermann. Manche der neuen Silberhosen Melodien, so „In Berlin, in Berlin, an der Ecke von der Koller-allee“ mögen wieder Chancen haben, es zu volkstümlicher Gassenhaverpopularität auf Tanzböden zu bringen. Die Zuschauer schienen sich höchlichst zu amüsieren. Die Darsteller, der Komponist und die Leiter konnten oftmals vor dem Vorhang erscheinen.

Da das Sterben am teuersten ist. Die russische Regierung hat die Begräbniskosten neu festgesetzt, und zwar auf 2 Millionen Rubel für einen Erwachsenen und auf 1 Million Rubel für eine Adereliche. Nach eigenartiger Mutet ein Geschenk des mongolischen Gesandten in Moskau, des Grafen Dada an, der im Auftrage seiner Regierung der Sowjetregierung zwei Kisten Opium verheer be als wirksames Mittel gegen den Hunger. Wollte hätte man auch in Europa Geld für einige hundert Kisten Opium kaufen können, denn zwei Kisten sind etwas wenig, um einige Millionen Hungernde einzuschälern.

Reichsinstitut für Erdbedenforschung in Jena. Die geplante Umhalt für Erdbedenforschung soll an Stelle der r Kaiserlichen Hauptkation für Erdbedenforschung in Strasbourg im Parkhausarbeiten schon seit in der Sternwarte der Umhalt vorberichtet werden. Die Geldmittel stellt vor allem die Reichs-

## Rathenau und die Jugend.

Von Bidder am Steen.

Viele von uns jungen Arbeitern wissen nicht, wie uns der edle Wuzengete der deutschen Republik geliebt hat. Einem Mitgliede des Parteivorstandes der Sozialdemokratie sagte Rathenau vor kurzer Zeit: „Ich habe das Buch „Das Weimar der arbeitenden Jugend“ gelesen; es ist das schönste, was ich seit vielen Jahren unter die Augen bekam.“ Und in seinem Aufruf an Deutschlands Jugend schreibt er: „Den Genossen meines Alters habe ich nicht mehr viel zu sagen. Mein Herz habe ich vor ihnen ausgegüßet, mein Glauben und Schauen, Vertrauen und Sorgen ihnen vor die Seele gehalten. Viele haben meine Schriften gelesen, die Gelehrten, um sie zu belächeln, die Praktiker, um sie zu verpöhlen, die Interessenten, um sich zu entrüsten und sich ihrer eigenen Güte und Tugend zu erfreuen. Wenn warme Stimmen zu mir drangen, so kamen sie von Einleuten, von Jungen, und von denen, die nicht ältern und nicht herben.“

Es ist auch Jugend (Auchjüngend) gewesen, die ihn übete. Eine Jugend, über welche die Geschichte den Stab gebrochen hat und die doch nicht herben will, sich zu retten vermeint, wenn sie dem Führer der neuen Jugend Wei in die Brust jant. Ob Rathenau diese Jugend des alten Deutschland gekannt hat? Keiner hat ihr Wesen knapper und treffender untriffen als er, in wenigen Sätzen: „Jugendlicher Drang, von freier Tat ferngehalten, halb freiwillig, halb ungewollt in das unpolitische, unkomme, phantastische Reich der Autorität und Streberel gezwängt, schuf ein Zerrbild, so unerfreulich wie kaum eines seit der Zeit des landesherrlichen Hofentseufes, des akademischen Dramas und des besopften Renommistens: den Patentschleher. Aufgeschwemmte Burtschen, schände und zynisch im Auftreten, mit geklebtem Scheitel, gestriemten Gesichtern, Reiterhagen an den gestrafften Beinleidern, schnarrender Stimme, die den Kommandoton des Offiziers nachahmte. Den Hochschulbetrieb verachteten sie, die kümmerliche Prüfungsreise erlangten sie durch sogenannte Briefen, ein feindseliges Wesen trugen sie zur Schau, außer wenn es sich um Konnexionen handelte, ihre Zeit verbrachten sie mit Pauken, Saufen und Erzählen von Schweinereien. Solche Gestalten wurden geduldet, so anerkannt; sie waren bestimmt, zu denen zu gehören, die das Volk regieren, richten, lehren, heilen und erbauen.“

Er hat sie gekannt, seine Mörder, nur waren sie nicht nur Potentatstheiler, sondern auch Potentatstheiler, nachdem sie sicher waren, einen Wehrlosen mit ihrer Schlichtheit übersehen und dann mit höchster Lourenzucht ausstreifen zu können. Noch sind die Bilder der Mörder nicht veröffentlicht, aber es gehört wenig Prophetie dazu, vorher zu sagen, daß die Gesichter der Burtschen nicht nur genau so ausfallen wie das selbe Verbrechen, das hinter diesen Fassaden erforscht wurde — sie werden auf das Haar Tausenden von Lippen gleichen, wie sie tagtäglich auf den deutschen Hochschulen herumtrödeln: hurrawisierend, Wirtinverse gröhend, kommentverblödet, nach der Lohnhilfe des Müllkutschers schielend und trüfend nach hinter den Ohren, Ubelwuchs aus der Feldwebel und Gleichtrödel Erziehungsgärtlein, made in Germany.

Vorteil: er ist da. Er ist ein französisches Gesetz, und seine Regierung kann es nicht ändern. Wenn wir an Stelle eines Vertrages, den wir für unbedenklich halten, einen anderen setzen, müssen wir uns mit allen Mängeln, ja sogar mit den feindlichen Reaktionen verhalten. Aber die eventuellen „Sanktionen“ könnten die Frage auch nicht vollkommen lösen.

### Wir haben sofort Geld nötig.

Wir sind gezwungen, die Reparationen in natura, also die Sachlieferungen, zu entwickeln und die deutschen Arbeiter nutzbar zu verwenden.

Poincaré sprach alsdann von der internationalen Anleihe, die in Wirklichkeit eine deutsche Anleihe sei, die auf dem auswärtigen Markt begeben werde. Die jetzige französische Regierung sei Anhängerin davon, aber man müsse den richtigen Augenblick wählen. Er sei der Ansicht, daß man vorerst geduldet habe. Bevor man eine Anleihe ins Auge fasse, müßten die deutschen Finanzen sich gebessert haben. In diesem Augenblicke ständen sie aber sehr schlecht. Deutschland sei ein fleißiges Land, das sich gewiß wieder erheben werde. Aber jetzt seien eine Anleihe aufzulegen, das heiße mit dem Ende beginnen. Angesichts der schlechten Lage Deutschlands hätten die Bankiers den Gedanken einer Herabsetzung der Schuld ins Auge gefaßt. Das haben wir, erklärte Poincaré, nicht annehmen können. (Lebhafter Beifall.) Er habe von der Liquidierung der interalliierten Schuld gesprochen. Er sei ein Anhänger davon unter der Bedingung, daß die Regelung allgemein sei und daß die Franzosen nicht allein die Kosten zu tragen hätten. (Lebhafter Beifall.) Seine Kriegsschulden werde Frankreich nicht verzeihen, aber es hänge von ihm nicht allein ab, zu einer allgemeinen Regelung zu förmeln. Die erste Maßnahme, die ergriffen werden müsse, sei die Organisierung der

### Kontrollen über Deutschlands Finanzen.

Entzöge sich dem Deutschland, dann gebe es einen Beweis seines schlechten Willens, und die Alliierten könnten sofort oder getrennt die erforderlichen „Sanktionen“ ergreifen.

Nachdem Senator Hubert für die interparlamentarische Gruppe der demokratischen Parteien gesprochen und erklärt hatte, Deutschland müsse Sachlieferungen und Beschäftigungen leisten, wurde eine Vertrauensstagesordnung angenommen.

### Der Kongress von Edinburgh.

Edinburgh, 30. Juni. (CP.) Die Konferenz der englischen Arbeiterpartei hat gestern die Frage der Nationalisierung der Gruben, der Grundbesitze, der Eisenbahn und anderer öffentlicher Dienste besprochen. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der erklärt wird, daß die Nationalisierung bei den nächsten Wahlen in das Programm der Arbeiterpartei aufgenommen werden solle. Der Delegierte Hodges, der der Großen Arbeitergewerkschaft angehört, erklärte, daß die Nationalisierung ein praktischer Vorschlag sei, daß aber, wenn die Wähler diesen Gedanken nicht annehmen, die Grubenarbeiter und die Grubenbesitzer anderweitige Abkommen treffen müßten.

### Der Bürgerkrieg in Irland.

London, 29. Juni. (WB.) Die Lage in Dublin verschärft sich immer mehr. Den Blütern zufolge wird es immer klarer, daß die Belagerung der Four Courts nur ein Teil der Aufgabe ist, die den irischen Freischützentruppen bevorsteht. Während der Nacht haben sich in verschiedenen Teilen der Stadt republikanische Kestler gebildet. Diese Kestler werden eine ernste Gefahr für die Truppen Collins. Die Beschießung dauerte bis 5 Uhr nachts an. Mittler sind keine Anzeichen vorhanden, daß der republikanische Führer bereit sei, sich zu ergeben. Eine neue Forderung der Übergabe wurde abgelehnt. Der Londoner Regierung hätte die irische Freischützentruppe mit, sie hoffe und erwarte, daß die Freischützen bald zur Kapitulation gezwungen sein werden. Bisher wurden 15 Tote und 40 Verwundete gemeldet. — Die Eisenbahnlinie ist unterbrochen. Bei Plummer wurde eine Brücke in die Luft gesprengt, wodurch die Verbindung mit Cork abgeschnitten ist. Die Kabel nach England wurden bis auf einen durchschnitten.

„Daily News“ meldet aus Dublin, daß 13 fahrende republikanische Offiziere der Republik einen Aufruf an die irische Nation gerichtet haben, in dem sie sie auffordern, in den allgemeinen Aufstand einzutreten.

London, 30. Juni. (WB.) „Daily Mail“ meldet aus Dublin von nachts 1 Uhr, daß die Truppen der irischen Regierung in den Morgen des Four Courts eingelegungen wo sie, wie man annahm, Feuer vor sich übertrugen. Die Beschießung verlief Four Courts während eines zwei Minuten dauernden Waffenstillstandes.

### Saarprotest gegen den Meusehelfer.

Saarbrücken, 27. Juni. (WB.) In der heutigen Stadterordnetenversammlung wurde eine sozialdemokratische Entschließung angenommen, in der der Rord an Rathenau aufs schärfste beurteilt wird und in der es weiter heißt:

„Durch nichts wird die Deutschhaltung des bedrohten Saargebietes mehr gefährdet als durch solch verbrecherisches Treiben gegen die um ihr Dasein kämpfende Republik. Die Stadterordnetenvereinigungen in ihrem ganzen Umfange endlich bekämpft und mit Entschiedenheit dagegen vorgeht.“

Es wurde ferner beschlossen, eine Straße nach Walter Rathenau und eine andere nach Erzberger zu benennen.

### Die neuen Verkehrstarife.

Mit dem 1. Juli, d. h. von morgen ab, treten eine ganze Reihe von neuen Tarifen und Gebühren im Eisenbahn- und Postwesen ein. Zunächst ist die Einführung eines neuartigen Staffeltarifs im Berliner Stadt-, Ring- und Vorortverkehr bemerkenswert, bei dem an Stelle der Kilometerweise Berechnung des Fahrpreises nicht nur eine rohe Zonenabgrenzung für die Fahrpreise von Einzel- und Zeitkarten tritt, sondern gleichzeitig auch eine betragsmäßige Erhöhung der Fahrpreise. Zur Angleichung an die Fernfahrpreise“ durchgeführt wird. Sodann treten auch im Güterverkehr Erhöhungen ein, die die Frachten für sämtliche Güterarten um das 80fache des Friedenspreises steigern. Infolge hiervon werden wieder enorme Entschärfungen aller Lebensverhältnisse sein. Neben den Erhöhungen im Zeitartenverkehr auf den Eisenbahnen wird aber noch den beruflich Reisenden eine weitreichendere Erhöhung aufgebürdet. Seit langer Zeit hat die Eisenbahnverwaltung auf den Vorort- und den in Frage kommenden Stadt- und Ringbahnstationen Aufbewahrungs-

stellen für Fahrer über eingerichtet, so daß die Reisenden, die zur Erreichung der Bahnstation auf dem Wege zur Arbeitsstelle außer der Eisenbahn noch ein Fahrrad benutzen müssen, die Räder während der Arbeitszeit auf den Stationen unterstellen können. Für die Benutzung dieser Aufbewahrungsstellen gibt die Eisenbahn ebenfalls Zeitkarten aus, die eine Woche bzw. einen Monat Gültigkeit haben. Der Preis dieser Karten ist ebenfalls erhöht worden, und zwar auf 24 Mark für den Monat und auf 6 Mark für die Woche, so daß die tägliche Aufbewahrung des Fahrrades jetzt eine Mark kostet. Nicht erhöht wurde dagegen die Haftpflicht der Eisenbahnverwaltung, die bei einem Fahrradpreise von 8—9000 Mark auf 500 Mark stehen geblieben ist für den Fall des Verlustes oder der Beschädigung. Der Versicherungssatz von 500 M. ist so unzulänglich, daß er schloßmäßig erhöht werden müßte.

Am Postverkehr treten neben dem neuen Posttarif eine neue Gebührenordnung im Postfachwesen, ein neuer Zuschlag im Fernsprechverkehr (statt 80 Proz. 100 Proz. Zuschlag zu den Grundgebühren), ferner neue Sätze im Rohrpostverkehr in Kraft. In bezug auf den Posttarif sei nochmals auf die Zulässigkeit einer neuen 20-Gramm-Drucksache (60 Pf. Porto) hingewiesen. Die an Stelle der Drucksachenkarte tritt und auf die neue Paketanzahlstufe für Pakete von 5—7½ Kilogramm Gewicht, die eine Erleichterung der neuen Sätze darstellen sollen. Für das schreibende Publikum ist folgendes zu beachten: Im Ortsverkehr innerhalb des neuen Groß-Berlin kosten vom 1. Juli 1922 ab Postkarten 75 Pf., Briefe bis 20 Gramm 1 M., bis 100 Gramm 2 M., bis 250 Gramm 3 M.; im Fernverkehr: Postkarten 1,50 M., Briefe bis 20 Gramm 3 M., bis 100 Gramm 4 M., bis 250 Gramm 5 M. Um allerbesten kommen die Ansichtskarten weg, denn deren Porto beträgt nach wie vor 50 Pf. Größe und ähnliche Höflichkeitformeln können mit fünf Worten, müssen aber immer auf der Vorderseite, niemals auf der Rückseite angebracht werden.

### An die Ortsvereine im Bezirk Brandenburg.

Berlin, 30. Juni.

Die außerordentlich kritische Situation, in der sich die gesamte Arbeiterbewegung befindet, veranlaßt den Bezirksausschuß, in einer besonderen Weise zur Lage Stellung zu nehmen. Der Ausschuss war überzeugt, daß die Arbeiterbewegung die schwere der Zeit kämpfe zu erwarten hat, die die bisherige Welt zurücklassen werden. Soll die Möglichkeit der Partei auf das denkbar höchste Maß gesteigert werden, ist größte Opferbereitschaft aller Genossinnen und Genossen das Gebot der Stunde.

Der Ausschuss beschloß einstimmig, ab Juli in allen Orten, die städtischen Charakter tragen, doppelte Beiträge zu entrichten. In den ländlichen Bezirken kann der Beitrag in der bisherigen Höhe weiter entrichtet werden, doch empfiehlt der Ausschuss auch diesen Genossinnen und Genossen, soweit sie dazu in der Lage sind, erhöhte Beiträge zu zahlen. Dieser Beschluß, den wir den Mitgliedern zur Kenntnis bringen, ist geboren aus der Notwendigkeit, alles auszuführen, um die nicht ausbleibenden Kämpfe siegreich zu Ende zu führen.

Genossinnen und Genossen! Wir glauben von weiteren Erörterungen absehen zu dürfen in der Überzeugung, daß die von unsrer Gegnern so oft neidvollgerühmte Opferbereitschaft der Sozialdemokratie auch diesmal seine Früchte zeitigt.

Mit Parteigrüß

Der Bezirksausschuß.

J. K. Richard Schmidt, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

### Wie sieht es mit der Kohlenversorgung?

Eine Leserin schreibt uns: In früheren Jahren pflegten im Mai neue Kohlenarten ausgegeben zu werden. Das ist in diesem Jahr nicht geschehen. Als ich bei meinem Kohlenhändler nachfragte, wurde mir gesagt, die alten Kohlenarten müßten bis zum Frühling 1923 reichen und die noch vorhandenen Nummern würden doppelt bedient werden. Da es sich nur um wenige Nummern handelt, wolle ich es nicht glauben und ging zu meiner Kohlenstelle, Berliner Str. 108 in Charlottenburg. Hier erhielt ich die überraschende „Auskunft“, daß bis jetzt noch niemand wisse, wie die Kohlenlieferung für den nächsten Winter sich gestalten werde. Als Hausfrau befinde ich mich und befinde sich mit mir tausende in der unerträglichen Lage, nicht zu wissen, ob man sich während des Sommers mit marktreitem Brennmaterial eindecken muß, oder ob man Lust hat, im kommenden Winter die nöthigen Kohlen zu bekommen. Wird es den möglichen Herren gelingen, noch bevor sie in ihre Sommerfrischen verreisen, einen Einfluß zu setzen und die Berliner Hausfrauen aus dem quälenden Zustand der Ungewißheit zu erlösen? U. A. M. G. — Wie geben diese Zukunft wieder in der Erwartung, daß von den zuständigen Stellen recht bald eine die Hausfrauen beruhigende Aufklärung erfolgt.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postaufgabe bei.

Offenstilles Singen. Am Sonntag, den 2. Juli, nachmittags 4 Uhr, veranstaltet der Männergesangsverein „Kreuzberger Harmonie“ (R. d. W. B.) auf dem Kreuzberg eine Gesangsveranstaltung mit volkstümlichem Programm. — Der Volksgesang Chor Tempelhof-Marienborf veranstaltet am Montag, den 3. Juli, abends 8 Uhr, in Tempelhof im Park an der Parkstraße ein öffentliches Volkskonzert. Um regen Besuch der Genossinnen und Genossen wird gebeten.

Die Besitzer von städtischen Pfläzen werden darauf aufmerksam gemacht, daß die früheren rotenbraunen Postformulare mit dem 30. Juni d. J. ihre Gültigkeit verlieren, ungeachtet der Gültigkeitsdauer, die im Postgesetz angegeben ist. Die österreichischen Bundesangehörigen werden daher aufgefordert, sich möglichst umgehend bei der zuständigen Vertretungsbehörde neue Pfläze zu besorgen. — Ferner macht die Eisenbahndirektion Berlin bekannt: „Das zum D 155 ab Berlin-Hakenfelde Bahnhof um 7.30 Uhr abends nach Wien usw. ausgegebene Reisegepäck kann zur Vermeidung der sonstigen Behandlung in Passau deutscherseits schon in Berlin abgefertigt werden. Reisende, die von dieser Einrichtung Gebrauch machen wollen, müssen das Reisegepäck am Abfahrtstage bei der Gepäckabfertigung Unhaltbar Bahnhof anliefern, und zwar an Sonn- und Festtagen in der Zeit von 6 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags und von 5 bis 7 nachmittags, an Wochentagen von 7 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends.“

Schönes Konzert des Völkchen-Orchesters. Am Montag, den 3. Juli 1922, abends 8 Uhr, findet in Oberhansowide, Müllers Blumenpark, Ostendstraße, ein städtisches Konzert des Völkchen-Orchesters statt.

Postkreditkarte für die Reisende. Auf die Einrichtung der Postkreditkarte wird erneut aufmerksam gemacht. Sie erleichtert bei Reisen den Zahlungsvorgang wesentlich. Der besondere Vorteil der Postkreditkarte besteht darin, daß der Inhaber keine Geldmittel bei jeder Reisezeit des Deutschen Reichs in einfacher Weise erlangen kann. Bestellungen auf Postkreditkarte nimmt jede Postanstalt entgegen.

Die Nacht-Pferde-Dummbus-Gesellschaft, Linie Zoologischer Garten-Friedenau, wird am heutigen Freitag, den 30. Juni, abends, zum letzten Male verkehren. Der Betrieb wird wegen Unwirtschaftlichkeit eingestellt.

## Gewerkschaftsbewegung

### Tarifverträge der Bekleidungsindustrie.

Nach dem Bericht des Zentralvorstandes des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes bestanden im Jahre 1921 für die 25 Branchen 4 Reichs- und 657 Ortsverträge für 603 Orte. Die Tarife erstreckten sich auf 22.951 Firmen mit 67.651 männlichen und 135.958 weiblichen, zusammen 203.610 beschäftigten Personen. Von den männlichen Beschäftigten waren 88,8 Proz. Werkstattdarbeiter und 11,2 Proz. Heimarbeiter und von den weiblichen 74,2 Proz. Werkstattdarbeiter und 25,8 Proz. Heimarbeiterinnen. Der Schluß, der daraus gezogen werden könnte, daß die Arbeiterinnen in überwiegend dem Maße in den Werkstätten arbeiten, während der Preis für den Heimarbeiter bei den Arbeitern ein erheblich größerer ist, dürfte etwas vornehmlich gefaßt sein. Unter den Arbeiterinnen, besonders in der Wäschebranche, dürfte eine erhebliche Zahl von diesen Tarifverträgen nicht erfaßt sein.

Mitglieder des Verbandes waren von den nach Tarif Beschäftigten 51.116 männliche und 81.181 weibliche, zusammen also 132.297. Mitglieder anderer Organisationen sind an den Tarifen beteiligt 7428 männliche und 9070 weibliche. Von den nach Tarif Beschäftigten sind demnach 86,5 Proz. männliche und 67,6 Proz. weibliche organisiert. Es besteht also hier noch ein weites Organisationsfeld unter den so sehr ausgebeuteten Arbeiterinnen.

### Rundgebung der Bankangestellten.

„Vor wichtigen Entscheidungen“, so lautet die Tagesordnung einer riesigen Versammlung der Bankbesitzer und Bankangestellten, die am Donnerstag in der „Neuen Welt“ stattfand. Neben waren Emonts vom Allgemeinen Verband der deutschen Bankangestellten, Fürstberg vom Deutschen Bankbeamten-Verein und Dr. Grell vom Reichsverband der Bankangestellten. Erster Redner war Fürstberg, der ausführte, daß die Zeit reif zum Handeln sei. Auch die trübseligen Folgen hätten am eigenen Leibe, und daß der Schicksalspruch vom 10. Juni ganz ungenügend ist, und daß etwas Durchgreifendes geschehen muß. Der Reichsverband der Bankangestellten möge die Versammlung als ein warnendes Feldzeichen betrachten. Daß bei den Banken von einer „Notlage“ nicht die Rede sein kann, zeigen die großen Reingewinne. Sie hätten 1921 eine kolossale Steigerung der Gewinne denen von 1920 gegenüber zu buchen, die auch in den geschätzten Dividenden zum Ausdruck kam. Was für die Angestellten hieraus ausgeschüttet wurde, der Angestellten nicht diesen Gewinnen und den Anspendungen haltung. (Lebhafte Zustimmung.) Während aussehende Lebensverhältnisse in den Wirtschaften haben die Bankangestellten, die haben, weil der Ausschüttung wichtige Staatsinteressen zu berücksichtigen. Daß nicht nur das Geld herrschen, sondern andere Werte auch etwas mitreden sollen, können die Herren immer noch nicht begreifen.

Hierauf sprach Emonts und Dr. Grell im Sinne des Korrespondenten. Sie wiesen auf die am 4. Juli stattfindenden neuen Verhandlungen hin und forderten dazu auf, bereit zu sein zum gemeinsamen Kampf, der am 5. Juli angenommen werden müsse, wenn die Verhandlung keine Anerkennung der gerechten Forderungen der Bankangestellten zeitigen sollte.

Auch die Reichsverbände sprachen sich dafür aus, daß den Worten endlich die Tat folgen müsse. Mit allen gegen eine Stimme wurde schließlich folgende Resolution angenommen:

„Die am 29. Juni im großen Saale der „Neuen Welt“ zu vielen Tausenden versammelten Bankangestellten Groß-Berlins verlangen vom Reichsverband der Bankangestellten in letzter Stunde, daß er keinen Widerstand gegen eine der Lebensnotwendigkeiten der Arbeitnehmer im Bankgewerbe gerechtmäßig erhaltene Entlohnung endlich aufhebt. Sollten die Bankstellungen nicht bereit sein, diesem aus der Not der Zeit herausgeborenen berechtigten Verlangen zu entsprechen, so sind die Versammelten entschlossen, auf den Ruf der Organisations von dem letzten gewerkschaftlichen Kampfmittel, der Arbeitsniederlegung, Gebrauch zu machen.“

Zum Zeichen dieses hier beabsichtigten Willens werden die Versammelten die Leistung von Arbeitsstunden vom 1. Juli ab einstellen und in den Betrieben darauf hinarbeiten, daß dieser Parole reiflos Folge geleistet wird.“

### Stillestand bei Wasse und Müstlin?

Wie uns mitgeteilt wird, haben die Relaktionsmaschinenmeister bei Müstlin und Wasse die ultimative Forderung gestellt auf eine Erhöhung des Wochenlohns von 100 M. über die Höhe, die bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen festgelegt werden würden. Sie haben erklärt, die Arbeit zu verweigern, falls bis 12 Uhr mittags ihre Forderung nicht bewilligt sei. Da bis 12 Uhr eine Antwort von den Siemenswerken nicht erteilt wurde, ist das Erscheinen der Arbeiter dieser beiden Verlagehäuser in Frage gestellt.

### Lohnabkommen in Gruppe Del und Fette.

Die im Transportarbeiterverband organisierten Arbeiter der Gruppe Del und Fette nahmen am Donnerstag bei Wille in der Seebastionstraße den Bericht der Lohnverhandlungen vor dem Demobilisationskommissar entgegen. Puhlmann führte v. a. aus, daß die Gruppe Del und Fette den gefällten Schiedsspruch in der letzten Versammlung abgelehnt hätte. Es müßte nun daran gegangen werden, neue Verhandlungen vor dem Demobilisationskommissar anzuknüpfen. Wir machten immer wieder geltend, daß die Entlohnung eine ungenügende sei, worauf die Arbeitgeber erklärten, sie seien nicht imstande, darüber hinauszugehen und könnten weitere Lasten nicht tragen. Unsere Lohnkommission gab nun den Arbeitgebern zu wissen, daß man die Zulöhne annehmen wolle. Diese betragen für Gruppe B 950 M., für C 1020 M. und für D 1100 M. Für den Monat Juli machten wir aber folgendes Angebot: Für Gruppe B 1150 M., für C 1250 M. und für D 1520 M. Die Arbeitgeber lehnten wieder ab. Dem unparteiischen Vorsitzenden der Verhandlungskommission gelang es schließlich, folgenden Mittelsweg zu finden: Für Juli erhält die Gruppe B 1125 M., C 1200 M. und D 1350 M. Die Zulöhne (A) werden im Juni und Juli um 15 Proz. erhöht.

Die vorgenommene Abstimmung unter den Versammelten ergab, daß diese Löhne gegen eine starke Minorität angenommen sind. Im weiteren Verlauf der Verhandlung wurde die Frage der Mineralwasser „Hennania“ eingehend erörtert. Eine Resolution fordert, daß diese Kollegen, die freiwillig in den Werkstätten sind, um die Lohnforderungen durchzuführen und nun von der Direktion mit Entlohnung bedroht werden, reflexlos in ihrer Arbeitsstätte bleiben können. Sollte das nicht geschehen, so behielten sich die Arbeiter der Gruppe Del und Fette weitere Schritte vor. Diese Resolution wurde angenommen.

### Streikvertagung bei der Telefonen.

Die am 28. d. Mis. abgehaltene Betriebsversammlung der Telegraphen-Union entschied sich auf Anraten der Gewerkschaftsleiter (J. d. W., D. B. und W. B.) für Vertagung der Verhandlung über den Streik, da man erst noch die Verhandlungen vor dem Demobilisationskommissar abwarten will. Wahrscheinlich werden diese Verhandlungen in zehn Tagen stattfinden. Hoffentlich finden die bis jetzt noch Unorganisierten nun endlich den Weg, den jeder Arbeitnehmer zu gehen hat, will er seine Rechte schützen.

Für die technischen Angestellten in den privaten Architektur-bureaus ist am 20. Juni eine Vereinbarung zwischen dem BdA und dem Bund der technischen Angestellten und Beamten getroffen worden, die eine Gehaltsregelung für alle technischen Angestellten in diesen Bureaus vorsieht. Die höchsten Gehälter betragen sich für den Ausführender bzw. künstlerisch tätigen Architekten zurzeit auf 7618,75 M. pro Monat. Dazu kommen noch Zulagen für besondere Außenständigkeit. Auskünfte über den Betrag erteilt der Bund der technischen Angestellten und Beamten, Vorkontrollverwaltung Groß-Berlin, Werksstr. 7.

